

57. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 10. April 2014

Top 4: Cannabis legalisieren-Drogenpolitik neu ausrichten

Antrag

Der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/5478

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Ünal. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor 20 Jahren hätte ich den vorliegenden Antrag zumindest in Teilen unterstützt. Aber mit den Jahren haben sich auch Cannabis und das Wissen darüber verändert. Der Wirkstoffgehalt ist stark schwankend und heute häufig dramatisch – dramatisch! – höher als in den 80ern oder 90ern.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Und mit der Droge hat sich auch der Konsument verändert. Das Hippie-Flowerpower-Gefühl mit dem kreisenden Joint in geselliger Runde ist Geschichte. Der Cannabisraucher ist heute eher isoliert, zurück- gezogen und raucht seinen Joint allein im stillen Kämmerlein. Im Extremfall wird Cannabis sogar im Eimer verbrannt, um es dann aus diesem zu inhalieren.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Abgeordnete, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Herr Kollege Schwerd von der Piratenfraktion hat den Wunsch, Ihnen eine Frage zu stellen. Wollen Sie den Wunsch erfüllen?

Susanne Schneider (FDP): Ich erfülle den Wunsch, Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Sie erfüllen den Wunsch. Und Herr Kollege Schwerd hat zu seiner Frage das Wort.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herzlichen Dank, dass Sie das zulassen. – Sie sprachen gerade vom stark schwankenden Wirkstoffgehalt von Cannabis. Wäre das Ihres Erachtens nicht genau der Grund, aus dem man diese Droge kontrolliert abgeben sollte? Dann könnte man sich nämlich auf den Wirkstoffgehalt verlassen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie müssen sich schon entscheiden!)

Susanne Schneider (FDP): Lieber Herr Schwerd, diese Frage hat zugegebenermaßen was. Aber so lese ich das nicht in Ihrem Antrag.

(Beifall von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Sie schreiben in der Überschrift ganz groß: „legalisieren“. Dann müssen Sie konkreter werden. Dann müssen Sie sagen: Wir thematisieren das im Justizausschuss, im Innenausschuss, aber nicht im Gesundheitsausschuss. – Hier reden wir über Gesundheit, weil der Gesundheitsausschuss federführend ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Als Folge von Cannabiskonsum treten vermehrt schizophrene Psychosen auf, die von einer Schizophrenie selbst von Fachärzten kaum zu unterscheiden sind. Das Gefährliche daran ist: Derartige Psychosen können sich bereits ab dem ersten Joint einstellen, was schwedische Wissenschaftler in einer großen Studie veröffentlichten. Diese konnten auch das häufig angeführte Argument entkräften, die psychische Erkrankung sei vorher da gewesen. Diese Arbeit aus Skandinavien belegte: Die schizophrenen Psychosen traten erst nach dem Konsum von Cannabis auf.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liberale Drogen- und Suchtpolitik beruht auf den drei Säulen Prävention, Therapie und, wo notwendig, Repression.

Umfassende Information, Aufklärung und konkrete Hilfe für Gefährdete, damit es erst gar nicht zu Missbrauch und Abhängigkeit kommt, müssen in der Sucht- und Drogenpolitik Priorität haben. Ist jemand bereits abhängig, müssen Therapie und Rehabilitation sowie gegebenenfalls eine Substitutionsbehandlung angeboten werden. Rehabilitationsmaßnahmen sollten in unmittelbarem Anschluss an den Entzug stattfinden. Repression sollte nur dort zum

Tragen kommen, wo Prävention allein keinen Erfolg erzielen kann, und vor allem dort, wo unerwünschte Folgen für andere und die Gesellschaft, zum Beispiel Gewalt, Kriminalität und Unfälle, verhindert werden müssen.

Mit Ihrem Antrag verharmlost die Piratenfraktion das Risiko des Kiffens. Das ist ein falsches Signal an Jugendliche und Erstkonsumenten.

(Beifall von Dr. Joachim Stamp [FDP] – **Lukas Lamla [PIRATEN]**: Herr Stamp, Sie sind ziemlich alleine!)

Denn begonnen wird mit dem Suchtmittelkonsum fast immer im Jugendalter. Wir haben es schon gehört: Das Monitoring der ambulanten Sucht- und Drogenhilfe NRW zeigt, dass Menschen, die wegen Cannabisabhängigkeit eine Beratung aufsuchen, im Schnitt im Alter von rund 15 Jahren mit dem Konsum begonnen haben.

Der Suchtmittelkonsum im Jugendalter beeinträchtigt nicht nur die körperliche und geistige Entwicklung in der Pubertät, sondern wirkt sich bis ins Erwachsenenalter aus. Er ist häufig mit erheblichen Folgeschäden für den Einzelnen und die Gesellschaft verbunden.

Deshalb benötigen Jugendliche besondere Hilfe und ganz besonderen Schutz. Ihre Kompetenzen, sich gegen gesundheitsschädliches Verhalten zu entscheiden, müssen daher vorrangig gestärkt werden.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Also doch Gesundheit?)

Studien belegen auch, dass insbesondere der Konsum von Cannabis bei Jugendlichen weit gefährlicher ist als bisher angenommen – mit großen Schäden bei dauerhaftem Konsum. So können sich suchtbedingt Antriebslosigkeit, Aufmerksamkeitsdefizite und Beeinträchtigung des Lernens und des Gedächtnisses ergeben und sich die Chancen auf eine gute Bildung und ein erfolgreiches, eigenständiges Leben deutlich reduzieren.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Kollegin, es gibt einen weiteren Wunsch, Ihnen eine Zwischenfrage zu stellen, von den Piraten, von Herrn Kollegen Schulz.

Susanne Schneider (FDP): Gerne.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben eben mit Recht betont, dass der federführende Ausschuss der Gesundheitsausschuss ist. Sie betonen gerade auch bei der – ich nenne es mal – Verteufelung von Cannabis und Cannabisprodukten die Gesundheitsgefährdung.

Ist Ihnen bekannt oder wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass jährlich weltweit 6 Millionen Menschen an den Folgen des Genusses von Tabak sterben? Ist Ihnen auch bekannt oder sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass in Deutschland 15 % der 15-jährigen Jungen und Mädchen mindestens einmal pro Woche rauchen und sie damit natürlich auch die Statistik der Todesfälle in Deutschland hinsichtlich der Konsumenten von Tabakprodukten prolongieren?

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Dann hört doch auf zu rauchen!)

Susanne Schneider (FDP): Herr Schulz, jetzt muss ich natürlich fragen: Sind wir jetzt in einer Debatte über Drogenpolitik? Oder bearbeiten wir einen Antrag zu Cannabis, den Sie hier eingereicht haben? Oder bearbeiten wir einen Antrag zu Tabak und Nikotin?

(Beifall von der FDP – Zuruf von den PIRATEN: Sind das keine Drogen?)

In dem Zusammenhang haben wir meiner Meinung nach im vergangenen Jahr in diesem Haus ein völlig überzogenes Nichtraucherschutzgesetz verabschiedet. Im Moment sprechen wir aber über Cannabis, und damit möchte ich gerne weitermachen. Sie haben „Cannabis“ in das Thema „Gesundheit“ gepackt, und jetzt machen wir mit Gesundheit weiter.

Die Kriminalstatistik für NRW zeigt, dass Straftaten mit Cannabisprodukten in allen Deliktbereichen immer noch den höchsten Anteil an der Rauschgiftkriminalität haben. Der THC-Gehalt von Cannabis schwankt, und dies bedeutet zusätzliche Risiken für die Konsumenten.

Auch der Einsatz von Cannabis als Medikament ist nicht unumstritten. Studien zeigen zwar eine positive Wirkung bei der Therapie unterschiedlichster Begleiterkrankungen schwerer Krankheiten, zum Beispiel bei der Überwindung der Appetitlosigkeit bei Aids oder bei der

Reduzierung des Erbrechens bei Chemotherapien. Derzeit können Ärzte zwar bei besonders starken Beschwerden Dronabinol, ein synthetisch hergestelltes Cannabisprodukt, verschreiben. Die Krankenkassen sind aber nicht verpflichtet, die Behandlungskosten zu übernehmen, weil das Medikament in Deutschland nicht zugelassen ist. Sie sprechen das Thema in Ihrem Antrag zwar an, leiten daraus aber keine Forderungen ab.

Ziel einer wirkungsvollen und langfristigen Drogen- und Suchtpolitik in Nordrhein-Westfalen muss es sein, den Verzicht auf illegale Drogen zu fördern. Nach den Vorstellungen der FDP-Landtagsfraktion soll dieses Ziel durch Prävention, Beratung, konkrete Hilfen und niedrigschwellige, passgenaue Ausstiegs- und Behandlungsangebote erreicht werden.

Im vergangenen Jahr trat, wie schon gesagt, in Nordrhein-Westfalen ein völlig überflüssiges und überzogenes Nichtraucherschutzgesetz in Kraft. Jetzt diskutieren wir in diesem Haus über die Freigabe von Cannabis. Ich wundere mich und bin gespannt auf die Beratungen im Ausschuss. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Landesregierung erteile ich nun Herrn Minister Kutschaty das Wort.